

Couragiert gegen Respektlosigkeit

VON JÜRGEN RAHMIG

TÜBINGEN. »Es gibt keinen rechtsfreien Raum im Internet.« Die Meinungsfreiheit ende da, wo Straftaten begännen, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (63). Der CDU-Politiker verteidigte in Tübingen in einer Wahlkampfveranstaltung der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Annette Widmann-Mauz, die Sperrung der linksextremistischen Plattform »links-unten.indymedia.org«. Die Tübinger CDU-Bundestagsabgeordnete hatte zum »Blaulicht-Gipfel – Für Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum« geladen.

Mit der Sperrung sei es darum gegangen, einen rechtswidrigen Zustand zu beenden. Auf der Webseite waren unter anderem Polizisten als »Schweine« und »Mörder« titulierte worden. De Maizière bezeichnet das als Ausdruck einer Haltung, die Menschenwürde mit Füßen tritt. Seit Jahren sei diese Webseite eine Plattform zur Verbreitung von Beiträgen mit strafbaren und verfassungsfeindlichen Inhalten gewesen. Die Ermittlungen waren schwierig gewesen, und erst durch den G-20-Gipfel sei man den Verantwortlichen auf die Schliche kommen.

»Wir erleben eine Verrohung der Gesellschaft«

»Wir erleben eine Verrohung der Gesellschaft.« Im letzten Jahr sei ganz allgemein ein Anstieg der Gewaltkriminalität registriert worden – in Tübingen zwar unter dem Landesdurchschnitt und im Land unter dem Bundesdurchschnitt. Unter diese Straftaten fallen immer mehr Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte. Aus diesem Grund seien zusätzliche, härtere Strafen nötig. »Wer unser Leben und unsere Gesundheit schützt, muss dafür einen besonderen Schutz der Gesellschaft genießen«, sagt er mit Blick auf das neue Gesetz zur Besserstellung von Polizei und Rettungskräften im Strafrecht. Um gegen diese zunehmende Respektlosigkeit anzukämpfen, fordert er entsprechend couragiertes Auftreten der Bürger schon bei kleinen Dingen – wenn zum Beispiel eine Zigarettenkippe an der Bushaltestelle achtlos weggeworfen wird, obwohl dort ein Aschenbecher steht.

Er fordert gesellschaftliche Debatten über dieses Problem. Mit Blick auf den G-20-Gipfel und die Geschehnisse von Hamburg gebe es jetzt auch Überlegungen, es schon als Landfriedensbruch zu werten, »wenn jemand aus der Menge heraus Straftäter schützt oder unterstützt«. Die Polizei will De Maizière von Aufgaben befreien, die uniformierte und entspre-



Thomas de Maizière beantwortet in Tübingen Fragen aus dem Publikum. Neben ihm Annette Widmann-Mauz.

FOTO: JÜRGEN RAHMIG

chend ausgebildete Hilfsdienste übernehmen könnten. Er denkt an den Objektschutz oder die Unfallaufnahme bei Sachschäden. In Sachsen werde das zurzeit getestet.

Deutschland hat etwa 1,8 Millionen Ehrenamtliche – bei der Feuerwehr, dem THW, dem Arbeiter-Samariter-Bund, der DLRG und vielen anderen mehr. »Diese Form von Ehrenamt ist für mich Leitkultur vom Feinsten.« Das müsse als Gegenleistung vom Bund honoriert und unterstützt werden – nicht nur bei der Ausstattung. Er denkt da auch an die Entlastung des Ehrenamts von überbordender Bürokratie. Das sei eine Aufgabe für die nächste Regierungsperiode. Und De Maizière



möchte die technische Ausrüstung der Ehrenamtlichen optimieren. Unter anderem denkt der Minister dabei an Drohnen zur Erleichterung und Verbesserung des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Wer Kriminalität, Terrorismus und organisierte Kriminalität bekämpfen soll, benötigt die entsprechende Ausstattung.

De Maizière will den Sicherheitsbehörden und den Polizeibeamten die Mittel an die Hand geben, um Straftäter ausfindig und dingfest zu machen. Die Polizei testet seit kurzem am Berliner Südkreuz den Einsatz einer speziellen Software zur Gesichtserkennung. Bisher fahndet die Polizei mit dem Farbkopiererbild des Gesuchten in der Tasche und über die Medien. Doch wo es Videoüberwachung gibt, kann diese Software eingespielt werden, die ein Gesicht erkennt.

»Wir brauchen neue Technik plus mehr Polizei«

»Wir brauchen neue Technik plus mehr Polizei«, sagt der Minister. Sein Ministerium hat das Projekt zusammen mit der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt vorbereitet. Innerhalb von sechs Monaten sollen nun Erfahrungen damit gesammelt und geklärt werden, ob es technisch einwandfrei funktioniert, ein Gesicht in einer Menge von Passanten automatisch richtig zu erkennen. Body-Cams zur Beweiserleichterung hätten sich inzwischen bewährt. Zur Verbesserung der Beweislage bei Ereignissen, wie während des G-20-Gipfels könnten, künf-

tig auch Drohnen eingesetzt werden, die viel näher als Hubschrauber an das Geschehen heranfliegen.

Mit dem IT-Sicherheitsgesetz, das während der Legislaturperiode eingeführt wurde, soll den zunehmenden Gefahren durch Cyberattacken effektiver begegnet werden. Darin geht es um verbindliche Mindestanforderungen und Vorschriften an die IT-Sicherheit im Zusammenhang mit kritischen Infrastrukturen. Solche Vorfälle müssen dann gemeldet werden. »Diese IT-Hausaufgaben müssen gemacht werden.« Inzwischen sei es aber so, dass sich immer mehr Einrichtungen melden, die ebenfalls als kritische Infrastruktur angesehen und eingebunden werden wollten, sagt De Maizière. Er stellt im Internetbereich zudem die Einführung eines Gütesiegels in Aussicht, beispielsweise für Apps, das Käufern und Nutzern eine gewisse Sicherheit geben soll.

Um die vielen neu geschaffenen Polizeidienststellen besetzen zu können, werden im Bund die Einstellungsstandards überprüft. Dabei geht es nicht um Qualitätsminderung. Aber ob ein Bewerber nun zwei Zentimeter kleiner ist als die Mindestvorgabe, soll bei der Einstellung keine Rolle mehr spielen. Das betrifft auch Tätowierungen. »Sichtbare Tattoos wird es bei der Bundespolizei auch weiterhin nicht geben«, aber unter der Kleidung sei das was anderes. (GEA)